



Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Krisenherd Naher und Mittlerer Osten – Demographie und Entwicklungs Herausforderungen**
Fachtagung der DGVN am 17. November 2004 in Stuttgart
- 5 Zuwanderungsszenarien für Deutschland**
- 7 Literatur der Vereinten Nationen zu Migration**
- 8 Widerstand gegen die Agro-Gentechnik**
NRO-Tagung am 30. Oktober 2004 in Bonn
- 9 AIDS-Aufklärung à la Bollywood**
- 10 Kindersterblichkeit in Süd-asien sinkt nur langsam**
- 11 Internationales Jahr der Kleinstkredite 2005**
- 12 Materialien für die Bildungsarbeit**
- 12 Terminhinweis**
Fachtagung zu Weltbevölkerung, Millenniumszielen und EZ am 3. und 4. März 2005 in Bonn
- 12 In eigener Sache**

Krisenherd Naher und Mittlerer Osten Demographie und Entwicklungs Herausforderungen Fachtagung der DGVN am 17. November 2004 in Stuttgart

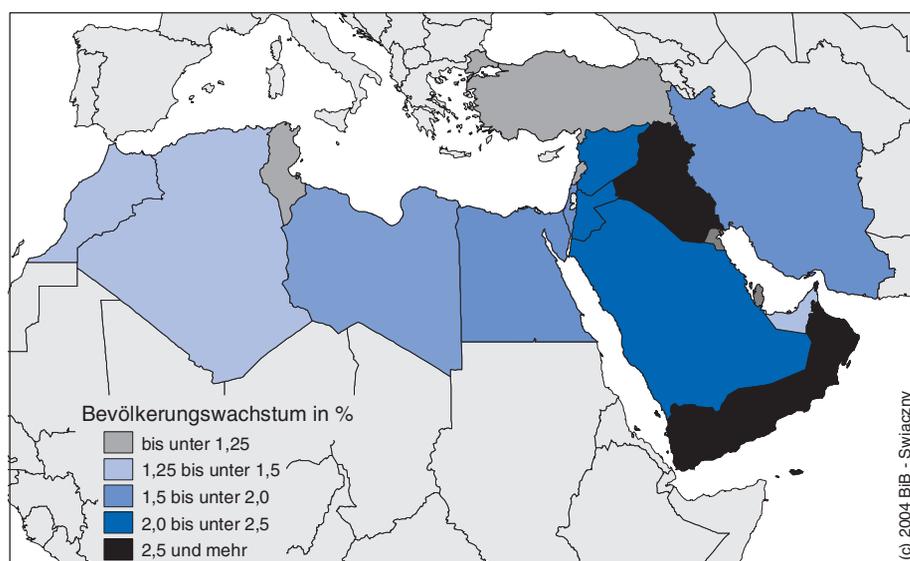
In keiner anderen Region der Welt leben so viele junge Menschen wie in den arabischen Ländern. Viele von ihnen haben jedoch kaum Zukunftsperspektiven. Auf einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) am 17. November in Stuttgart diskutierten Bevölkerungs- und Entwicklungsexperten, wie sich Entwicklung, Demokratisierung und demographische Trends im Nahen und Mittleren Osten miteinander vereinbaren lassen.

Rückblick auf den AHDR 2003

Im Herbst 2003 erschien, herausgegeben vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der zweite auf die arabischen Länder bezogene Bericht zur Menschlichen Entwicklung („Arab Human Development Report 2003“, vgl.

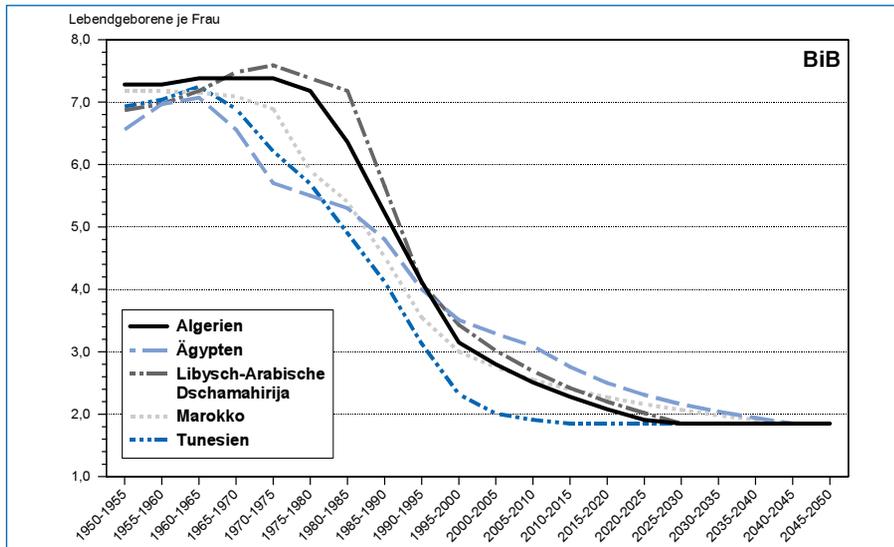
Ausgabe 53 vom Dezember 2003). Der erste Bericht 2002 hatte wesentliche Ursachen für die Stagnation von Entwicklung in den arabischen Ländern in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt und Defizite in den Bereichen Wissen, politische Entwicklung und Frauenrechte deutlich gemacht. Clovis Maksoud, Co-

Bevölkerungswachstum Nordafrika und Vorderasien 2002 – 2015

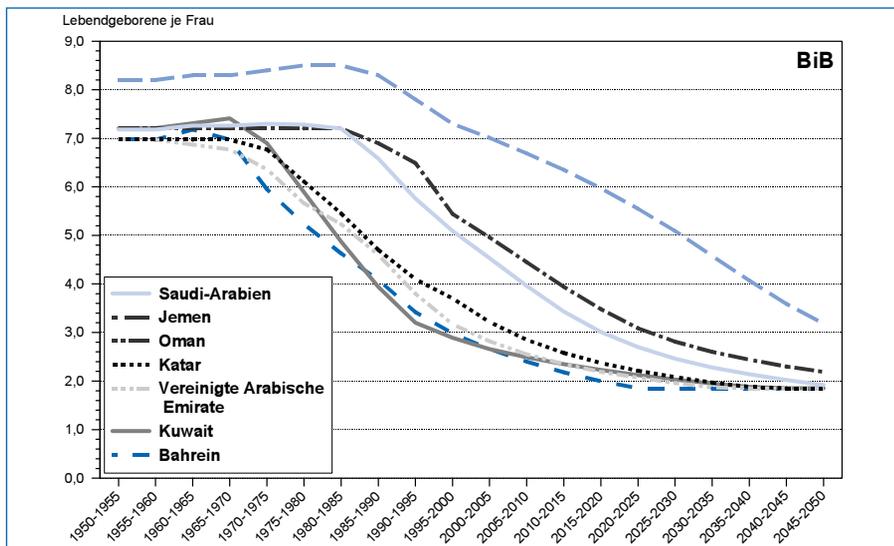


Quelle: UNDP Human Development Report 2004

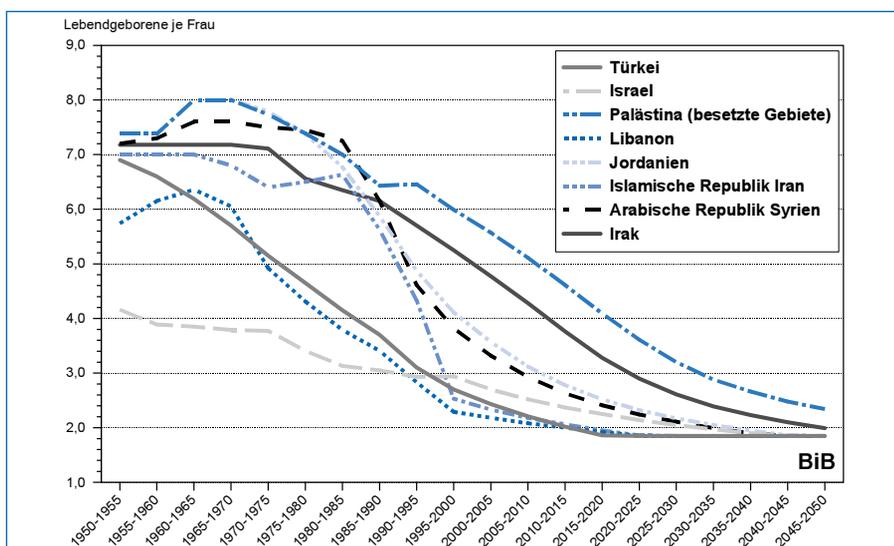
Entwicklung der Fruchtbarkeitsraten in der arabischen Welt



In den islamischen Ländern Nordafrikas sinkt die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (TFR) seit den 1970er Jahren von durchschnittlich über sieben Kindern je Frau auf heute etwa drei Kinder. Vorreiter bei dieser Entwicklung ist Tunesien mit bereits heute durchschnittlich etwa zwei Kindern je Frau. Damit ist der Ersatz der Elterngeneration nicht mehr gewährleistet. Nachzügler bei dieser Entwicklung ist Ägypten, das somit auch in den folgenden Jahren noch die höchste Bevölkerungszunahme haben wird. Für alle Länder wird von den UN angenommen, dass sie in der Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl bis zum Jahr 2050 einen Wert unterhalb von 2,1 Kindern je Frau erreichen werden.



Auf der arabischen Halbinsel haben die kleinen Länder Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait und Bahrain mit durchschnittlich 2,5 bis drei Kindern je Frau die geringste TFR. Saudi-Arabien und Oman haben mit durchschnittlich knapp fünf Kindern je Frau eine deutlich höhere Fertilität und insbesondere im Jemen ist die Kinderzahl mit durchschnittlich sieben Kindern noch sehr hoch. Das Bevölkerungswachstum in diesen Ländern korrespondiert mit diesen hohen durchschnittlichen Kinderzahlen. Die UN erwarten bis zum Jahr 2050 für alle Länder mit Ausnahme des Jemen einen Rückgang der TFR auf das Bestanderhaltungsniveau.



In den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt sich die TFR sehr unterschiedlich. Während einige Länder wie Israel, Iran, Türkei und der Libanon mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von etwa 2,5 Kindern je Frau bereits einen starken Geburtenrückgang erlebt haben, liegt in Jordanien und Syrien die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 3,5, in Palästina und dem Irak bei fünf und mehr Kindern. Durch das höhere Fertilitätsniveau wird die Bevölkerung Palästinas 2050 größer sein als die Israels.

Datenquelle: UN World Population Prospects. The 2002 Revision. © Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, 2004 – Swiaczny.

Autor des AHDR 2003, zog in Stuttgart Bilanz über die Fortschritte beim Aufbau einer arabischen Wissensgesellschaft.

So sei seiner Ansicht nach das Bewusstsein für die Probleme in der Region gewachsen. Die AHDRs hätten in der gesamten arabischen Welt positive Auswirkungen gehabt und zum politischen Diskurs angeregt. Es seien bereits kleine Erfolge zu verzeichnen. In Marokko und im Libanon seien inzwischen Frauen in Machtpositionen vertreten. Doch die Fortschritte seien „definitiv unzureichend“, so Maksoud, und es gebe noch viele Hindernisse für eine nachhaltige menschliche Entwicklung in der arabischen Welt.

Das Palästina-Problem als Entwicklungshindernis

Die Palästina-Frage werde häufig vorge-schoben, um Probleme wie Bildungsdefizite, mangelnde Freiheiten und die schwache Rolle der Frauen in arabischen Ländern nicht angehen zu müssen. Sie sei nicht nur ein Problem der Palästinenser, sondern verursache ein Gefühl der Erniedrigung in der gesamten Region. Die Vereinten Nationen würden als Rettungsanker gesehen, doch Israel würde durch seine starke Lobby in den USA und den ständigen Sitz der USA im UN-Sicherheitsrat immer wieder ein prekäres Veto einlegen. Der „Kriegszustand“ der arabischen Welt mit Israel stelle ein wesentliches Entwicklungshindernis dar.

Die Rolle des Islam würde dagegen überbewertet. Der Islam habe, wie jede andere Religion, fundamentalistische, aber auch progressive Elemente. Nur sehr, sehr wenige Araber und Muslime würden gegenüber der westlichen Welt Hass empfinden, viele jedoch Verärgerung. „Wir müssen die Ablehnung des Dialogs von der Einladung zum Dialog unterscheiden“, betonte Maksoud. Zwischen Hass und Verärgerung bestünden wesentliche Unterschiede. Die US-amerikanische Intervention im Irak und die Palästina-Frage seien die Hauptgründe für die Verärgerung der Araber. Die zunehmende Verärgerung habe es schwierig gemacht, den Prozess der arabischen

Die „Arab Human Development Report“-Serie

Der erste AHDR (2002) hat drei Problemfelder menschlicher Entwicklung in der arabischen Welt benannt: die unzureichende Gewährung von Freiheiten, die Notwendigkeit der Ermächtigung der Frauen und Defizite im Erwerb und Einsatz von Wissen. Im zweiten AHDR (2003) wurde der Wissensbereich detailliert untersucht. Der dritte AHDR (2004) zum Thema Freiheit und Regierungsführung in der arabischen Welt erscheint voraussichtlich im Januar 2005. Die Rolle arabischer Frauen soll schließlich den Schwerpunkt des vierten AHDR bilden. 22 Staaten sind im AHDR erfasst.

Bezug: UNO-Verlag, s. S. 7.

Kostenlose deutsche Kurzfassungen sind bei der DGVN (info@dgvn.de) erhältlich. AHDR 2003 z.Zt. vergriffen, AHDR 2004 in Vorbereitung.

Renaissance entsprechend der Vorschläge des AHDR voranzubringen.

Der zweite AHDR entstand in einer Phase zunehmender Konflikte und politischer Spannungen in der Region, erinnerte Maksoud. Er war von den Anschlägen vom 11. September 2001 beeinflusst und nimmt Bezug auf die direkten und indirekten Auswirkungen internationaler und regionaler Entwicklungen, wie der Besetzung des Irak, der Wiederbesetzung der meisten palästinensischen Städte durch Israel und der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus in der westlichen wie auch in der arabischen Welt.

Entwicklungsherausforderungen

„Die arabische Welt ist eine reiche Region, in der viele arme Menschen leben“, sagte Maksoud. Die fähigen Araber trügen gegenüber den ärmeren Verantwortung. Die Kluft zwischen Reichtum und Armut müsse überwunden werden. Die AHDRs hätten die Aufgabe zu definieren, was Menschenrechte sind. Dazu gehören auch die Deckung der Grundbedürfnisse und demokratische Grundrechte. Beide gehören zusammen.

Mit der AHDR-Serie wollen die Autoren zu einer eigenen strategischen Vision der arabischen Eliten beitragen. „Wir wollten unsere Probleme nicht fragmentiert betrachten, sondern entschieden uns für einen Bericht über unser gemeinsames arabisches Erbe. Damit erzielten wir den ersten Durch-

bruch, der zur Diskussion anregte und Kontroversen auslöste“, berichtete Maksoud über die Reaktionen auf den AHDR.

Im AHDR gehe es um konstruktive Selbstkritik und Selbstreflexion ebenso wie um eine Selbstverortung. Der AHDR habe damit die Funktion eines Spiegels, den sich die Protagonisten in der Region vorhalten können. Die Lösungsansätze seien als Richtschnur für Entwicklung zu verstehen. Es gehe auch darum, den radikalen Gruppen, für die die große Mehrheit der arabischen Bevölkerung kein Verständnis hat, die Maske der Selbstgerechtigkeit vom Gesicht zu ziehen. Pluralismus sei eine der Leitlinien des Verständnisses des AHDR. Der Bericht soll das Bewusstsein für die arabische Denkweise wecken und sucht nach Bindegliedern für Partnerschaften auf dem Pfad einer neu definierten und modernen arabischen Selbstbestimmung.

Demographische Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten

Auf die demographischen Entwicklungen in der arabischen Welt ging Paul Demeny, Wirtschaftswissenschaftler und Demographie-Experte von der Nichtregierungsorganisation *The Population Council* (New York) ein. Er zeigte die Schwierigkeiten auf, die Region „Naher und Mittlerer Osten“ genau zu bestimmen. Der „Broader Middle East“ erstreckt sich im weitesten Sinne auf die Länder mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung westlich von Indien, d.h. von Pakistan im Osten bis Marokko im Westen. Im etwas engeren Sinne zählen

20 Länder dazu (s. Karte auf S. 1), die 2003 eine Gesamtbevölkerung von 413,7 Millionen Einwohnern hatten.

Insgesamt weist die Region ein hohes Bevölkerungswachstum auf, wenngleich die Fertilität in den kommenden Jahrzehnten weiter sinken werde (s. Abbildungen auf S. 2). So sei die Bevölkerung der acht bevölkerungsreichsten Länder der Region (s. Tabelle) zwischen 1950 und 2004 um insgesamt 286 Prozent gewachsen. Bis zum Jahr 2050 gehen die Vereinten Nationen noch einmal von einem Wachstum um 78 Prozent aus. Die Wachstumsraten der acht bevölkerungsreichsten EU-Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Polen, Niederlande, Griechenland) lägen zum Vergleich bei 32 Prozent Wachstum (1950-2004) und einem prognostizierten Rückgang um vier Prozent (2004-2050). Im Jahr 2025 werden rund 154,5 Millionen Menschen in den „Top 8“ arabischen Ländern zwischen 20 und 39 Jahren sein, in den „Top 8“ der EU 85,8 Millionen. Da die „Eltern von morgen“ heute schon geboren sind, seien die Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen über diesen Zeithorizont sehr verlässlich, erläuterte Demeny. Große Einkommensunterschiede würden in der arabischen Welt als Migrationsanreize wirken.

Antworten der Politik

Welche Herausforderungen sich aus dieser Entwicklung ergeben und welche

Konzepte, Strategien und Lösungen die deutsche Politik beitragen kann, war Thema einer abschließenden Politik-Diskussion.

Die Rolle der Vereinten Nationen

Andreas Schockenhoff, MdB (CDU), betonte die Notwendigkeit des Engagements der Vereinten Nationen in der Region. Das Existenzrecht Israels müsse anerkannt werden und Israel müsse territoriale Zugeständnisse machen. Ökonomisch könnten beide Seiten nur gemeinsam überleben, denn die Palästinenser seien auf Arbeitsplätze in Israel angewiesen und Israel auf palästinensische Arbeitskräfte. Allerdings bemängelte Schockenhoff auch die fehlende Kooperation der arabischen Länder untereinander, zum Beispiel in den Bereichen Handel, Umwelt und Agrarpolitik. Das Engagement der Vereinten Nationen müsse stärker konditioniert werden, um supranationale Lösungsansätze in der Region zu finden.

Bernhard Trautner vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) äußerte sich in Bezug auf die Rolle der Vereinten Nationen weniger optimistisch. Er wies auf die verschiedenen ungelösten Regionalkonflikte hin, die zusätzlich zum Nahostkonflikt und zum Konflikt im Irak als Modernisierungsblockaden wirken. Außerdem betonte Trautner die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Profile der Länder im arabischen Raum. Die

Region sei reich an Kapital, aber es müsse darum gehen, das Kapital in der Region zu halten.

Aufbau einer Wissensgesellschaft

Dagmar Schmidt, MdB (SPD), wies auf die wichtige Funktion der Vereinten Nationen bei der Förderung der Dialogfähigkeit in der Region hin. Es müsse ein Bewusstsein für eine „Familienpolitik aus eigenem Interesse heraus“ geschaffen werden. In der Bildungspolitik müssten Problemlösungen gefördert werden, statt „Wissen in sich reinzufressen“. Auf die Frage, was die deutsche Entwicklungspolitik leisten könne, forderte Dagmar Schmidt, kritischer und mit offenen Augen an die Entwicklungszusammenarbeit heranzugehen, um diese effizienter zu machen.

Trautner verwies insbesondere auf das Engagement der Bundesländer im Hochschulaustausch und auf die notwendige Vernetzung von Hochschul- und Berufsausbildung, die der AHDR aufgezeigt habe. Er gab allerdings zu, dass angesichts der demographischen Entwicklungen in der Region diese Ansätze nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“ seien.

Migration als Herausforderung

Migration sei jedoch weder die Lösung für die Probleme der alternden EU, noch für die Probleme des jungen Nahen und Mittleren Ostens. Die Erfahrungen in den Niederlanden und Frankreich seien das Ergebnis gescheiterter Migrationspolitik. Dagmar Schmidt forderte mehr Dialog und bevölkerungspolitische Umdenkungsprozesse. Ängste müssten abgebaut werden. „Ohne Europa zu destabilisieren, können wir uns Parallelgesellschaften nicht leisten“, warnte Schockenhoff. Der islamische Fundamentalismus werde sich durch sozio-ökonomische Probleme weiter verschärfen.

Christina Kamp

Der Bevölkerungsbeirat der DGVN veranstaltet jedes Jahr ein bis zwei Tagungen zu aktuellen Bevölkerungsthemen. Vorsitzende ist Erika Reinhardt.

Bevölkerungsentwicklung in der arabischen Welt		
„Top 8“	Bevölkerung in Mio. (2003)	Bevölkerungsprognosen für 2050 in Mio.
Ägypten	73,4	127,4
Türkei	72,3	97,8
Iran	69,8	105,4
Algerien	32,3	48,7
Marokko	31,1	47,1
Irak	25,9	57,9
Saudi-Arabien	24,9	54,7
Jemen	20,7	84,4

Quelle: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2003

Zuwanderungsszenarien für Deutschland

Ohne Einwanderung wird die Bevölkerung der Europäischen Union nach der Erweiterung von 454 Millionen auf unter 400 Millionen bis zur Mitte des Jahrhunderts zurückgehen. Auf diese Gefahr hat UN-Generalsekretär Kofi Annan im Januar 2004 hingewiesen. Ein Europa, das sich abschließe, wäre ärmer, schwächer und älter, sagte Annan vor dem Europaparlament in Brüssel. Wenn es jedoch gelänge, die Einwanderung gut zu lenken, werde Europa fairer, reicher, stärker und jünger sein.

„Einwanderer sind ein Teil der Lösung, nicht Teil des Problems“, sagte Annan unter dem Beifall der Europa-Abgeordneten. Sie sollten deshalb nicht zu Sündenböcken für soziale Probleme gemacht werden. „Die Einwanderer brauchen Europa, aber Europa braucht auch Einwanderer“, so der UN-Generalsekretär.

Migration zu „Bestandserhaltung“

Nach einer Untersuchung der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen zur Bestandserhaltungsmigration (*replacement migration*) wird bis 2050 die Bevölkerung Japans und nahezu aller Länder Europas weiter schrumpfen. Künftig müssten danach nicht mehr vier, sondern zwei Beschäftigte einen Rentner versorgen. Nach anderen Studien kommt bei gleichbleibender Geburtenrate in Deutschland in 40 Jahren auf einen Rentner sogar nur noch ein aktiver Beitragszahler. Dann müssten die Rentenbeiträge auf mindestens 40 Prozent des Arbeitsinkommens steigen.

Ein Rückgang der Bevölkerung wird nach UN-Untersuchungen ohne Be-

standserhaltungsmigration nicht aufzuhalten sein. Die Experten gehen von einer Struktur der Zuwanderung nach Alter und Geschlecht aus, die der Zuwanderung in die klassischen Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien in den neunziger Jahren entspricht. Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um einen Rückgang der Bevölkerung aufzufangen, liegt erheblich über den bisherigen UN-Prognosen. Die einzige Ausnahme bilden dabei die Vereinigten Staaten. Im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgröße bräuchten Italien und Deutschland die höchste Netto-Zuwanderung – Zuzüge minus Fortzüge –, um den Bestand der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter erhalten zu können.

Zuwanderungsszenarien für Deutschland

1. Szenario: Fortschreibung der mittleren Variante der Bevölkerungsprognose der Vereinten Nationen. Die Bevölkerung Deutschlands würde danach im Jahr 2050 auf rund 73 Millionen sinken.

Angenommen wird eine Netto-Zuwanderung von etwa elf Millionen Migranten.

2. Szenario: Keine Einwanderung. Die Bevölkerung würde insgesamt von heute 82 Millionen auf rund 59 Millionen (2050) sinken. Die Zahl der Deutschen im erwerbsfähigen Alter würde sogar um 41 Prozent zurückgehen.

3. Szenario: Um die Zahl der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 konstant zu halten, müssten rund

18 Millionen Menschen einwandern. Das entspräche einer Netto-Zuwanderung von 324.000 jährlich.

4. Szenario: Um das Arbeitskräftepotenzial bis zum Jahr 2050 konstant zu halten, wäre ein Zuzug von rund 25 Millionen erforderlich, jährlich also von 458.000 Personen. Die Gesamtbevölkerung würde auf 92 Millionen ansteigen. Davon wären 33 Millionen Einwanderer oder Nachkommen von Einwanderern.

Das **5. Szenario** ist nicht in den Schaubildern der UN-Studie enthalten. Die Vereinten Nationen bezeichnen es selbst als unrealistisch. Hier geht es darum, das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern auf dem heutigen Niveau zu halten. Die Zahl der Einwanderer wäre dann fast unvorstellbar hoch. Deutschland müsste 188,5 Millionen Einwanderer aufnehmen. Jährlich wären es 3,4 Millionen. Die Einwohnerzahl Deutschlands würde dann bis zum Jahr 2050 auf 299 Millionen ansteigen, von denen 80 Prozent Migranten und ihre Nachkommen wären.

Nach dem Szenario der Vereinten Nationen müsste das Rentenalter in Deutschland auf etwa 77 Jahre erhöht werden, um das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen aufrecht zu erhalten, falls keine Migration stattfindet. Auch dies ist utopisch, liegt doch die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern in Deutschland zurzeit bei rund 74 Jahren. Die Zahlen machen aber nochmals die Herausforderung deutlich, vor der Europa steht. Falls die Bevölkerung um ein Viertel schrumpft, hätte dies katastrophale Folgen für die Industrieländer, für die Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung, für den Bestand von Kindergärten und Schulen. Experten sagen einen Einbruch bei den Wohnimmobilien und auf dem Kapitalmarkt voraus, denn die Bevölkerung schrumpft und altert zugleich. Das Kernproblem ist die niedrige Geburtenrate. Um den Bevölkerungsbestand aufrechtzuerhalten, müsste jede Frau, rein



Suresh Sawant, Mumbai

statistisch gesehen, im Durchschnitt 2,1 Kinder zur Welt bringen. Tatsächlich sind es in Europa aber nur 1,3 Kinder pro Frau. Mittlerweile hat Deutschland die niedrigste Geburtenrate in der Europäischen Union.

Insgesamt ist anzumerken, dass die demographischen Vorausberechnungen keine „Kaffeestatzlesereien“ sind. Es wird stets genau angegeben, welche Ergebnisse unter welchen Annahmen im Hinblick auf die Kinderzahl, Lebenserwartung und Wanderung zu erwarten sind.

Zuwanderung ist kein Allheilmittel

Aufhalten oder rückgängig machen können wir die Entwicklung zum „Altersheim“ durch Einwanderung nicht mehr, höchstens noch abmildern. Einwanderung ist schon deshalb kein Allheilmittel gegen eine schrumpfende Gesellschaft, weil Zuwanderer auch älter werden und sich ihre Geburtenrate jener der Aufnahmegesellschaft angleicht.

Noch aber sind die Zuwanderer in Deutschland im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung, was eine positive Auswirkung auf die sozialen Sicherungssysteme hat. Einwanderer sind ein „Balsam für Rentenkassen“, wie es das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln ausdrückt. Europa sollte Zuwanderer deshalb auch als Bereicherung, geradezu als Glücksfall begreifen.

Erst in den letzten Jahren hat sich der Blick auf die Bevölkerungsentwicklung geschärft: Europa, insbesondere Deutschland, braucht Einwanderer, will es seinen wirtschaftlichen und sozialen Standard halten. Mit anderen Worten: das Boot ist nicht voll, sondern es wird immer leerer!

Weltkommission für internationale Migration

Insgesamt gehören Bevölkerungsentwicklung und Migration zu den großen Herausforderungen der Menschheit in diesem Jahrhundert weltweiter Migration. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat deshalb eine „Weltkommission für internationale Migration“ eingesetzt, die bis

Mitte 2005 ihren Bericht mit Lösungsvorschlägen veröffentlichen soll. Als Vertreterin Deutschlands in diese „Global Commission on International Migration“ (GCIM) mit Sitz in Genf wurde Prof. Dr. Rita Süßmuth berufen.

Insgesamt ist die Diskussion um die „Neue Völkerwanderung“ im Westen meist von Unsachlichkeiten und vom Eindruck geprägt, als würden jetzt schon alle Flüchtlinge und Arbeitsmigranten der Welt in die reichen Industrienationen strömen. Aber das Gegenteil ist richtig: Höchstens ein bis zwei Prozent aller Migranten und Flüchtlinge kommen nach Europa. Die weltweiten Migrations- und Asylprobleme spielen sich vor allem auf der südlichen Halbkugel ab. Die armen und ärmsten Länder tragen die Hauptlast dieser Wanderungsbewegungen. Nur ein Rinnsaal erreicht die reichen Wohlstandinseln wie die Bundesrepublik Deutschland.

Das Flüchtlings- und Migrationsproblem macht grundsätzlich deutlich, dass wir nicht nur in Deutschland jahrelang Scheindiskussionen über die Asylpolitik geführt haben. Die wirklichen Probleme und Fluchtursachen wie der sogenannte Nord-Süd-Gegensatz oder das „Weltumweltproblem“ werden geradezu ausgeklammert. Migrations- und Flüchtlingsströme sind nichts anderes als der Ausdruck der wirtschaftlichen, demographischen und politischen Ungleichgewichte auf der Welt. Eine von Krisen geschüttelte Welt, eine un stabile und ungerechte Weltordnung wird weiterhin Migrations- und Flüchtlingsbewegungen produzieren.

Das neue Zuwanderungsgesetz

Deutschland hat sich der Herausforderung durch die internationale Migration gestellt und nach langem Ringen ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2005 in Kraft tritt. Damit bekennt sich die Bundesrepublik offiziell zu ihrer Rolle als Einwanderungsland. Jetzt könnte auch Sachlichkeit in ein Politikfeld einkehren, das wie kein anderes von emotional geführten Auseinandersetzungen gekennzeichnet war.

Im Bereich der Arbeitsmigration ist von den ursprünglichen Plänen im Gesetz nicht mehr allzu viel übrig geblieben. So wurde auf Druck der Unionsparteien der Paragraph 20 „Zuwanderung im Auswahlverfahren“ komplett gestrichen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wäre damit Zuwanderung durch ein Auswahlverfahren möglich gewesen. Eine genau festgelegte Anzahl von qualifizierten Bewerbern hätte unabhängig von einem konkreten Arbeitsplatzangebot – ausgerichtet nach den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands – ins Land geholt werden können. Eine Null-Zuwanderung wäre aus arbeitsmarktpolitischen Gründen durchaus möglich gewesen.

Verbesserungen bringt das Zuwanderungsgesetz im humanitären Bereich. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) würdigte die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes deshalb als „positives Signal weit über Deutschland hinaus“. So wird nicht-staatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtursache anerkannt. Die Formulierungen gehen sogar über die Richtlinien der EU hinaus.

Nach den Anschlägen in Spanien am 11. März 2004 wurden im Vermittlungsverfahren umfangreiche Vorschläge der Unionsparteien zu Sicherheitsaspekten aufgenommen. Das besorgniserregende demographische Problem, vor dem nicht nur Deutschland steht, spielt im Gesetz praktisch keine Rolle mehr. Die Vereinten Nationen oder auch die Süßmuth-Kommission dagegen hatten in ihren Berichten immer wieder ausführlich auf das demographische Defizit hingewiesen und den Zusammenhang zur Einwanderungspolitik hergestellt.

Ein Umdenken im Sinne der Vereinten Nationen, verbunden mit einer aktiven Einwanderungs- und Integrationspolitik nach dem Vorbild klassischer Einwanderungsländer wird in Europa offensichtlich erst dann einsetzen, wenn das demographische Problem im alltäglichen Leben sichtbar wird. Ein immer älter werdendes und schrumpfendes

Europa sollte aber schon heute eine vorausschauende Politik in Angriff nehmen.

Karl-Heinz Meier-Braun

Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun leitet die Fachredaktion „SWR International“ beim Südwestrundfunk in Stuttgart und ist Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Er ist Vorsitzender des DGVN-Landesverbandes Baden-Württemberg.

Weitere Informationen im Internet

www.migration-info.de

www.bamf.de

www.network-migration.org

www.iom.int

www.gcim.org

www.swr.de/international

Literatur/Materialien

United Nations Population Division: Replacement migration: is it a solution to declining and ageing populations? Doc. ESA/P/WP. 160, United Nations, New York, 2000.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): UN-Basis-Informationen: Migration und Vereinte Nationen. Von Karl-Heinz Meier-Braun. (Erscheint im Januar 2005. Bezug: info@dgvn.de). Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.): Kulturelle Vielfalt, Baden-Württemberg als Einwanderungsland, Stuttgart, 2005 (5,00 EUR, Bezug: marketing@lpb.bwl.de).

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration: Migration und Integration - Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten, Berlin, 2004.

Termin zum Thema

18. Dezember 2004, Internationaler UN-Tag der Migranten: **Weltweite Migration – Eine Herausforderung für Deutschland**

Gesprächsrunde und Diskussion mit Prof. Dr. Rita Süßmuth, „Global Commission on International Migration“ (GCIM), um 14.00 Uhr im SWR-Funkhaus, Neckarstr. 230, 70190 Stuttgart. Eine Veranstaltung des DGVN Landesverbandes Baden-Württemberg und des SWR International, Stuttgart.

Literatur der Vereinten Nationen zu Migration

Meeting the Challenges of Migration.

Progress since the ICPD. UNFPA/International Migration Policy Programme (IMP), New York/Genf, 2004.

Der Bericht untersucht Fortschritte im Bereich Migration seit der Bevölkerungskonferenz von Kairo (ICPD) 1994 und weist auf neue und weiter bestehende Herausforderungen hin. Migrationstrends, politische Handlungskonzepte, Migration aus wirtschaftlichen Gründen, der Schutz von Flüchtlingen, Menschenhandel, Binnenmigration und der Zusammenhang zwischen Migration, Entwicklung und Menschenrechten werden beleuchtet. Die Publikation entstand aus der Arbeit und den Erfahrungen des Programms für internationale Migrationspolitik (IMP), an dem neben dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) unter anderem auch das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Internationale Organisation für Migration (IOM) und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) beteiligt sind.

Bezug: www.unfpa.org

Arab Migration in a Globalized World. UN/IOM, Genf, 2004, 254 S. ISBN 92-9068-193-4. 27,90 EUR.

Die „Regional Conference on Arab Migration in a Globalised World“ brachte Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen, Wissenschaftler und Praktiker zusammen, um Migration und damit in Zusammenhang stehende Themen in der arabischen Welt zu diskutieren. Der Bericht wurde von einigen der führenden Experten zu Migration in der arabischen Welt geschrieben und liefert umfassende Informationen, politische Analysen und Daten zu Migrationsströmen in der Region und ihren Nachbarländern. Er beinhaltet Beiträge zu den Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung und zeigt Wege auf, wie die Herkunfts- und Zielländer der Migranten enger zu-

sammenarbeiten könnten, um von den potenziellen Vorteilen der Migration stärker zu profitieren.

International Migration, Health and Human Rights. Genf. WHO 2004, 36 S., Health & Human Rights Publication Series No. 4, ISBN 92-4-156253-6. 7,30 EUR.

In diesem Bericht legt die Weltgesundheitsorganisation den Schwerpunkt auf wichtige Menschenrechtsfragen, vor denen politische Entscheidungsträger im Gesundheitsbereich stehen. Sie untersucht Umfang und Gründe der Migration, darunter auch die Migration von Fachkräften im Gesundheitswesen, den „Brain Drain“, erzwungene Migration und ihre gesundheitlichen Auswirkungen, Gesundheitsversorgung und Menschenrechte von Migranten im Zielland. Auch aktuelle Themen wie SARS und das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das auch das Gesundheitswesen betrifft, werden untersucht.

Labour Migration in Asia: Trends, Challenges and Policy Responses in Countries of Origin. UN/IOM, Genf, 2004, 184 S., ISBN 92-9068-177-2. 32,60 EUR.

Der asiatische Kontinent ist in Bezug auf die Arbeitsmigration eine der dynamischsten Regionen der Welt. Eine große Anzahl von Asiaten sehr unterschiedlicher Qualifikation arbeitet im Ausland. In diesem Buch werden die Trends und Charakteristika der Arbeitsmigration in Asien, die Rechte der asiatischen Migranten, die Migrationspolitik einzelner Länder und internationale Kooperationsansätze untersucht.

Bezug:

UNO-Verlag

Am Hofgarten 10

53113 Bonn

Tel.: 02 28 – 94 90 2-0

Fax. 02 28 – 94 90 2-22

E-mail: bestellung@uno-verlag.de

Internet: www.uno-verlag.de

Widerstand gegen die Agro-Gentechnik

NRO-Tagung am 30. Oktober 2004 in Bonn

Gentechnisch veränderte Organismen tragen weder zur Minderung von Hunger und Armut bei, noch leisten sie einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung – so die einhellige Meinung von Gentechnikkritikern und -kritikerinnen, die Ende Oktober zu einer internationalen Begegnungstagung in Bonn zusammenkamen.

Ihre jeweiligen Heimatländer gehen mit der Gentechnik-Frage unterschiedlich um. Einige Länder wie Südafrika, Indien oder die Philippinen hätten die Gentechnik akzeptiert. Andere verhielten sich abwartend bis ablehnend und wollen erst einmal mehr Informationen über die möglichen Folgen und Gefahren. Nur wenige dieser Länder verfügen jedoch über die nötigen Ressourcen, um selbst Risiko-beurteilungen vornehmen zu können.

Bekämpfung des Hungers durch Gentechnik?

Das Argument der Bekämpfung des Hungers durch gentechnisch verändertes Saatgut hat aus NRO-Sicht ausgedient. Zunächst hieß es von Seiten der Industrie, die Erträge würden steigen. Dies sei jedoch nicht erwiesen, denn es lägen noch keine langfristigen Erfahrungen vor. Auch sei es eine höchst einseitige Betrachtungsweise, nur die Erträge im Blick zu haben, kritisierte P.V. Satheesh von der Deccan Development Society (DDS), Indien. In vielen Ländern bestehe das Problem nicht darin, dass nicht genügend Nahrungsmittel produziert würden. Indien könne zum Beispiel seinen Nahrungsmittelbedarf decken. Das Problem bestehe in der Ernährungssicherheit auf lokaler Ebene, die mit Monokulturen,

wie sie die Agro-Industrie propagiere, nicht gewährleistet werden könne. Ernährungssicherheit bedeute nicht nur genügend Nahrungsmittel, sondern auch Futtermittel, gesicherten Lebensunterhalt und ökologische Nachhaltigkeit.

Rückgang der biologischen Vielfalt

Vicky Lopez von SIBAT aus den Philippinen, wo gentechnisch veränderter Mais angebaut wird, befürchtet einen noch weiteren Rückgang der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft. Vielfalt sei die Grundlage der Subsistenz der philippinischen Bauern. Vielerorts haben jedoch traditionelle Anbauprodukte den „cash crops“ weichen müssen. Mit den Produktionskapazitäten der Bauern sei auch die traditionelle kulturelle Einheit der Dorfbevölkerung verloren gegangen. Zur Armutsbekämpfung könne die Gentechnik ganz sicher nicht beitragen, so ihr Fazit. Sie sei vielmehr mit der Grund dafür, warum die Menschen so arm seien.

Gefahr durch Auskreuzungen

Aus Mexiko berichtete Catherine Marielle von GEA (Grupo de Estudios Ambientales), wie gentechnisch veränderte Organismen unkontrolliert in den landwirtschaftlichen Kreislauf gelangen. Gentechnisch veränderter Mais aus den USA wird als Nahrungs- und Futtermittel und zur Weiterverarbeitung eingeführt. Wie in vielen Entwicklungsländern werde in Mexiko jedoch nicht zwischen Korn und Saatgut unterschieden. Zwar ist in Mexiko der Anbau von gentechnisch verändertem Mais seit 1998 verboten. Eine Auskreuzung mit nicht-manipulierten Sorten sei aber nicht zu verhindern.

Nachdem von Seiten der Industrie zunächst behauptet wurde, Auskreuzungen kämen nicht vor, hieß es nun, dies sei doch „Natur“ – aber wir würden ja noch



leben, so Michael Frein vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn. Als Hauptargument für genmanipulierte Nahrungsmittel werde von den Unternehmen nun die mögliche Senkung des Pestizid-Einsatzes ins Feld geführt. Damit werde „der Pudding an die Wand genagelt“, so Frein. Lim Li Ching vom Third World Network, Malaysia, bestätigte, es würden mittlerweile umso mehr Pestizide eingesetzt, da die Pflanzen leichter Resistenzen entwickelten.

Erfahrungen mit Baumwolle

P.V. Satheesh berichtete über Erfahrungen mit gentechnisch veränderter Baumwolle im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh. Dort werde solche Baumwolle seit drei Jahren angebaut. Die Versprechungen von Monsanto – höhere Erträge, weniger Pestizide, höhere Gewinne – hätten sich aber nicht erfüllt. Der Pestizideinsatz sei zwar zunächst gesunken, doch es mussten sehr viel teurere Pestizide eingesetzt werden als vorher. Im ersten Jahr seien die Erträge der gentechnisch veränderten Baumwolle deutlich geringer gewesen. Im zweiten Jahr verbesserten sie sich etwas, lagen aber noch immer unter den Erträgen der konventionell angebauten Baumwolle. Im dritten



Das Cartagena Protokoll zur Biologischen Sicherheit

Das Cartagena-Protokoll trat im September 2003 in Kraft. Es ist ein Protokoll zum Übereinkommen über Biologische Vielfalt und regelt den Import und Export von gentechnisch veränderten Organismen. Es ist rechtlich bindend und legt vor allem Mindeststandards fest. Kern des Abkommens sind Vorab-Informationen. Entscheidungen und Risikoabschätzungen sollen auf dem Vorsichtsprinzip basieren. Derzeit haben 109 Vertragsstaaten das Protokoll unterzeichnet, nicht jedoch die großen Exportländer.

Jahr sei das gentechnisch veränderte Saatgut gar nicht aufgegangen. Mittlerweile sei eine Regierungskommission eingesetzt worden, um zu untersuchen,

warum die Erwartungen sich nicht erfüllt haben.

„Können wir uns in Sicherheit wiegen?“

Dies fragte Mariam Mayet vom African Centre for Biosafety, Südafrika mit Blick auf das Cartagena Protokoll zur Biologischen Sicherheit. Das Protokoll ist auf nationaler Ebene von Bedeutung, denn durch die Umsetzung in nationales Recht eröffnet es umweltpolitische Entscheidungsspielräume. Allerdings sei der Druck der Industrie auf die Regierungen sehr groß. Die USA förderten die Umsetzung des Protokolls in Entwicklungsländern, seien aber selbst kein Vertragsstaat.

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe

„Wem nutzt gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe?“ fragte Gordon

Simango von Christian Care, Simbabwe. Die Konsumenten in Simbabwe, deren Nahrungsgrundlage nicht gesichert ist, seien sich der Diskussion um gentechnisch veränderte Organismen nicht bewusst. Wenn Länder die Wahl hätten, würden sie gentechnisch unveränderte Nahrungsmittelhilfe bevorzugen. „Doch die Hungrigen sind nicht in der Lage, zu wählen“, so Simangos Fazit. Sie seien definitiv nicht diejenigen, denen gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe nutze, denn sie konsumieren diese Nahrungsmittel in einer Situation der Verwundbarkeit. „Gentechnisch veränderte Organismen sind nicht die Antwort auf strukturelle Probleme“, so Simango. Es ist der Teufelskreis der Armut, der angegangen werden müsse.

Christina Kamp

Die Tagung wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Forum Umwelt und Entwicklung, BUND und dem Gen-ethischen Netzwerk organisiert.

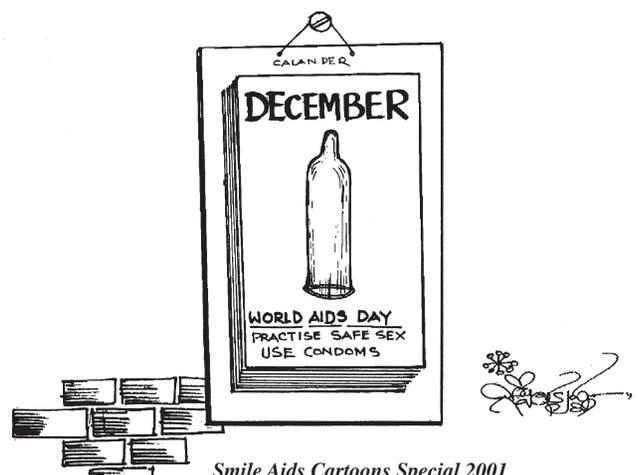
AIDS-Aufklärung à la Bollywood

Bollywood, die Filmindustrie der indischen Metropole Mumbai (Bombay), produziert jährlich über 800 große Spielfilme und zieht täglich 15 bis 20 Millionen Kinofans in seinen Bann. Der Film „Phir Milenge“ („Wir werden uns wiedertreffen“), der Ende August Premiere hatte, bricht ein Tabu. Das emotionale Sozialdrama erzählt die Geschichte einer jungen Karriere-Frau, die mit HIV infiziert ist. Im Vordergrund steht die Diskriminierung, unter der sie zu leiden hat – wie so viele Aids-Infizierte in dem Land mit der zweitgrößten Anzahl infizierter Menschen nach Südafrika. Regisseurin Revathy Menon will mit ihrem Film das Bewusstsein für HIV/Aids stärken. Nach UN-Schätzungen sind rund 5,1 Millionen Inderinnen und Inder HIV-positiv. Die meisten von ihnen wissen es nicht.

„Ich denke, es ist entscheidend, sowohl gegen Ungerechtigkeit vorzugehen als auch den Menschen zu helfen, Zugang zu

Behandlungsmöglichkeiten zu bekommen“, sagt die Regisseurin. Ihr Film weist deutliche Parallelen zur Hollywood-Produktion „Philadelphia“ aus dem Jahr 1993 auf. Allerdings hat sich seit 1993 viel verändert, insbesondere was Behandlungsmöglichkeiten der Immunschwächekrankheit angeht. Doch darauf geht „Phir Milenge“ nicht ein, so dass der Film, am Aufklärungsanspruch gemessen, einige Schwächen aufweist. Doch es sei wichtig, so Peter Piot, Direktor des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS (UNAIDS), dass Bollywood sich dem Kampf gegen HIV/Aids und gegen das Schweigen ange-

schlossen habe. Menschen, die mit HIV leben, sollen durch den Film ein sympathisches Gesicht bekommen. Dabei sei es kein Zufall, dass dieses Gesicht im Film weiblich ist. „Frauen sind von HIV am meisten betroffen, und es ist spannend, dass sich die Geschichte um eine Frau dreht, die gegen das Stigma und die Ungerechtigkeit kämpft“, sagte Piot. ck



Smile Aids Cartoons Special 2001

Kindersterblichkeit in Südasien sinkt nur langsam

Alle neun südasiatischen Länder haben Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit erzielt. Doch diese Fortschritte reichen noch lange nicht aus, um die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren bis 2015 um zwei Drittel zu senken. Darauf weist das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hin. Unter dem Titel „Progress for Children“ analysiert UNICEF die Fortschritte in einzelnen Ländern und Weltregionen in Hinblick auf die von den Vereinten Nationen als Millenniumsziel Nr. 4 formulierte Zielvorgabe.

Nach diesem Bericht sind in der Region Südasien derzeit nur Bangladesch und Bhutan auf gutem Weg, das Ziel zu erreichen. Im Jahr 2002 war in Bangladesch die Sterblichkeit der unter Fünfjährigen nur noch etwa halb so hoch wie noch 1990. Das entspricht einer Verminderung von 5,2 Prozent. Nepal ist nicht wesent-

lich von seiner Zielvorgabe entfernt. Indien, Pakistan, die Malediven und Sri Lanka müssen ihre Anstrengungen dagegen deutlich verstärken. Sie müssen insbesondere die perinatale Versorgung (zwischen der 29. Schwangerschaftswoche und dem 7. Lebenstag) verbessern. Rund ein Drittel aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren sind auf Defizite in diesem Bereich zurückzuführen. Atemwegserkrankungen und Durchfall sind weitere Haupttodesursachen. In Afghanistan wurden zwischen 1990 und 2002 kaum Fortschritte gemacht. Zwar hat sich die Gesundheitsversorgung im vergangenen Jahr nach Einschätzung von UNICEF verbessert. Jedoch steht das Land immer noch vor der enormen Herausforderung, eine Verringerung der Kindersterblichkeit um acht Prozent jährlich zu schaffen, damit das Millenniums-Entwicklungsziel Nr. 4 erreicht wird. Indien muss sich von 2,3 auf sechs Prozent

verbessern, Pakistan von 1,6 auf sieben Prozent.

Nach den aktuellen Projektionen von UNICEF werden insgesamt nur 53 Entwicklungsländer das Millenniums-Entwicklungsziel Nr. 4 erreichen können. 98 Länder werden es voraussichtlich nicht schaffen. Noch weniger Fortschritte als Südasien machen die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Dort sterben derzeit 174 von 1.000 Kindern vor ihrem fünften Geburtstag. In mehreren afrikanischen Ländern ist die Kindersterblichkeit seit 1990 sogar gestiegen, ebenso im Irak und in einigen Ländern der früheren Sowjetunion. Im Weltdurchschnitt wird nach UNICEF-Prognosen bis 2015 eine Senkung der Kindersterblichkeit um 23 Prozent erreicht werden – weit unter der angestrebten Zwei-Drittel-Reduktion.

ck

Quelle: UNICEF

Nötige Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit in Südasien zur Erreichung des Millenniums-Entwicklungsziels (MEZ) Nr. 4

Land	Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren 1990 (pro 1.000)	Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren 2002 (pro 1.000)	MEZ Zielvorgabe 2015 Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren (pro 1000)	Fortschritte 1990-2002 (Verringerung in Prozent)	Nötige Fortschritte 2002-2015 (Verringerung in Prozent)
Afghanistan	260	257	87	0,1	8,4
Pakistan	130	107	43	1,6	7,0
Sri Lanka	23	19	8	1,6	6,9
Indien	123	93	41	2,3	6,3
Malediven	115	77	38	3,3	5,4
Nepal	145	91	48	3,9	4,9
Bhutan	166	94	55	4,7	4,1
Bangladesch	144	77	48	5,2	3,6
SÜDASIEN Durchschnitt	128	97	43	2,3	6,3

Datenquelle: "A Child Survival Report Card. VOL 1 2004. Progress for Children". The United Nations Children's Fund (UNICEF), New York, September 2004.
www.unicef.org/progressforchildren/2004v1

Internationales Jahr der Kleinstkredite 2005

Um die überragende Bedeutung von Kleinstkrediten bei der Beseitigung von Armut und Hunger zu unterstreichen und entsprechende Programme zu fördern, haben die Vereinten Nationen das Jahr 2005 zum Internationalen Jahr der Kleinstkredite erklärt. Dieses Finanzierungsinstrument habe Menschen in zahlreichen Ländern in der ganzen Welt geholfen, sich aus der Armut zu befreien, so die Feststellung der UN-Generalversammlung. Kleinstkreditprogramme würden insbesondere Frauen zu Gute gekommen und zu ihrer sozioökonomischen Gleichstellung beitragen.

„Wenn wir die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen wollen, müssen wir in genau diesem Bereich Fortschritte ma-

chen.“ sagte UN-Generalsekretär Kofi Annan in seiner Erklärung zum Auftakt des Internationalen Jahrs der Kleinstkredite am 18. November. Mikrofinanzierung sei keine Mitleidstat. Es sei eine Möglichkeit, einkommensschwachen Haushalten die gleichen Rechte und Dienste zu gewährleisten, die allen anderen sowieso zur Verfügung stünden. Kleinstkredite seien eine Möglichkeit, auf den Ideen, der Energie und den Visionen armer Menschen aufzubauen, produktive Unternehmen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Gemeinschaften wachsen können, so der UN-Generalsekretär.

Das Jahr 2005 ist das letzte Jahr einer weltweiten Kampagne, durch die 100

Millionen der ärmsten Familien der Welt Kredite zum Zweck selbständiger Erwerbstätigkeit gewährt und weitere Finanz- und Geschäftsdienstleistungen bereitgestellt werden sollen. Das Internationale Jahr der Kleinstkredite 2005 soll dazu dienen, Kleinstkreditprogrammen weltweit Auftrieb zu geben, Kleinstkreditinstitutionen zu stärken und Instrumente der Mikrofinanzierung weiterzuentwickeln.

ck

Quelle: DGVN

Weitere Informationen im Internet:
<http://www.un.org/events/microcredit>



Materialien für die Bildungsarbeit

Dritte Welt Information

Die Reihe „Dritte Welt Information“ der Zeitschrift Entwicklungspolitik bereitet entwicklungspolitische Informationen für die Bildungsarbeit an Schulen und in der Erwachsenenbildung auf. Die Ausgabe 10/11/2004 widmet sich dem Thema Bevölkerung. Sie entstand in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW). Im Vordergrund steht die Bilanz zehn Jahre nach der Bevölkerungskonferenz von Kairo auf der Grundlage des Weltbevölkerungsberichts 2004.

Kairo plus Zehn. 10 Jahre Weltbevölkerungskonferenz von Kairo: Reproduktive und sexuelle Gesundheit als Entwicklungsziel. Dritte-Welt-Information 10/11/2004. Hrsg. Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., 12 S., Frankfurt, 2004.

Informationen zur politischen Bildung

Im aktuellen Heft „Bevölkerungsentwicklung“ in der Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ wird neben globalen Entwicklungen vor allem die schrumpfende und alternde Bevölkerung Deutschlands ins Blickfeld gerückt. Ursachen und Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs werden ausführlich dargelegt und mit den Trends in anderen Ländern verglichen. Auch die internationale Bevölkerungspolitik wird beleuchtet. Demographische Begriffe werden in einem Glossar erklärt.

Bevölkerungsentwicklung. Informationen zur politischen Bildung, Heft 282. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, 58 S., Bonn, 2004.

Terminhinweis

Weltbevölkerung, Millenniumsziele und Entwicklungszusammenarbeit

Fachtagung am 3. und 4. März 2005 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn

Die Tagung für Bevölkerungswissenschaftler und Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit soll dem Austausch von Erfahrungen und Konzeptionen dienen und zu Empfehlungen für die Entwicklungspolitik führen. Zu den Referenten gehören u.a. Dr. Natascha Affemann, Prof. Michael Bohnet, Prof. Frederick Fenech (Direktor des UN Institute on Ageing), Prof. Charlotte Höhn (Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung), Prof. Martin Honecker, eine Vertreterin des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA und Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (angefragt).

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)

Tagungsleitung: Erika Reinhardt, Michael Bohnet und Wilfried Steen

Nähere Auskunft: Dr. Manfred Kulessa, E-mail: m.kulessa@t-online.de

Weitere Informationen im Internet: www.dgvn.de

In eigener Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Informationsdienst Bevölkerung & Entwicklung halten Sie eine Publikation der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) in den Händen. Sie ist eine der zahlreichen kostenfreien Serviceleistungen, die die DGVN im Rahmen ihrer Informations- und Bildungsarbeit anbietet.

Als eingetragener gemeinnütziger Verein informiert die DGVN bereits seit 1952 regelmäßig über die wesentlichen Entwicklungen und Ergebnisse der Arbeit der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und Spezialorgane. Sie ist überparteilich, unabhängig und initiiert offene und kritische Diskussionen zu wichtigen und aktuellen globalpolitischen Themen.

Die Anliegen der Vereinten Nationen gezielt zu vermitteln, hat jedoch seinen Preis. Daher ist die DGVN auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Treten Sie mit uns für die Ziele der Vereinten Nationen ein - werden Sie Mitglied der DGVN!

Mehr Infos unter: www.dgvn.de oder info@dgvn.de

Gerne können Sie auch spenden! Bitte unter Angabe des Stichworts „Infodienst“ an: DGVN, SEB-BANK Bonn, Konto-Nr. 101 462 58 00.

Um Ihre Spende steuerlich geltend machen zu können, erhalten Sie auf Wunsch eine Spendenbescheinigung.